

Quelle: <https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/mehr-geld-fuer-kinder-gefordert-id239355849.html>

Ingo Glase

TA 04.09.2023

Kritik an Kindergrundsicherung: Verband fordert mehr Geld für Kinder

Erfurt. Die Kritik an der neu geplanten Kindergrundsicherung reißt nicht ab. Nun haben auch der Thüringer Verband kinderreicher Familien mit Sitz in Weimar und die Diakonie Mitteldeutschland Bedenken Verbesserungen angemahnt.

„Wesentliches Ziel soll es doch sein, Kinderarmut in Deutschland zu bekämpfen und damit eine Chancengleichheit unabhängig von der sozialen Herkunft zu ermöglichen“, erklärt Katrin Konrad, Geschäftsführerin des Familienverbandes. „Grundsätzlich ist das auch ein guter Gedanke. Allerdings kommen die Begriffe „Kinderreich“ oder „Mehrkindfamilie“ kein einziges Mal im Referentenentwurf vor, Alleinerziehende hingegen 22 Mal. Das lässt vermuten, dass kinderreichen Familien bei der Ausgestaltung des Gesetzes keine Rolle gespielt haben“, ärgert sich Konrad.

Auch die vereinfachte Antragstellung, die geplante Bündelung aller Angebote, sei hilfreich – wenn die Umsetzung denn wie angekündigt auch erfolge. Denn weiterhin müssten viele Anträge überhaupt erstmal gestellt werden, manche auch zur Überprüfung halbjährlich neu – „Bürokratieabbau sieht anders aus“, meint die Geschäftsführerin. Zumal Eckdaten wie beispielsweise Einkommensgrenzen noch unklar seien. Vor allem für Eltern kinderreicher Familien sei der Entwurf sehr kompliziert. „Und die geschätzten 500 Millionen Euro allein für den Umbau der Verwaltung wären bei den Kindern und Familien sicher besser investiert.“

Zur Unterstützung kinderreicher Familien schlägt der Verband deshalb vor, das Kindergeld zu erhöhen: „Für das dritte Kind um 50 und ab dem vierten Kind um 75 Prozent.“

Wie schnell offenbar der Entwurf zur geplanten Kindergrundsicherung entstanden sei, zeige beispielsweise die Auflistung der Verbrauchsausgaben: „Dort werden Kindern bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres monatlich 90,52 Euro zugestanden – für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren. Auch bei den 118,02 Euro für 7- bis 14-Jährige sind offenbar Zigaretten fest eingeplant“, so Konrad.

Auch die Diakonie Mitteldeutschland sieht in dem Vorhaben der Bundesregierung erste gute Schritte. Allerdings sei das Existenzminimum weiterhin zu niedrig bemessen. „Die Ideen zum Bürokratieabbau werden konkreter und damit wird der Zugang zu Leistungen, die zu oft ungenutzt blieben, wahrscheinlicher“, so Christoph Stolte, Vorstandsvorsitzender der Diakonie Mitteldeutschland. „Auch für Familieneinkommen im Niedriglohnssektor rechnen wir mit einer spürbaren Verbesserung durch den neuen Kinderzuschlag. Das wird in Thüringen vielen Kindern zugutekommen.“

Allerdings könne niemand davon ausgehen, dass mit 2,4 Milliarden Euro im Bundeshaushalt 2025 eine armutsfeste Kindergrundsicherung geschaffen wird. „Die grundsätzlichen Fehler bei der Ermittlung des Existenzminimums werden nicht behoben“, kritisiert Stolte.